



KULTUSMINISTER KONFERENZ

Berufliche Bildung als Chance für Europa

(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.10.2020)

1. Vorbemerkungen

Europa ist viel: Viele Staaten, viele Menschen, viele Sprachen, viele Vorstellungen und Erwartungen. Europa ist mehr: Mehr als ein Kontinent, mehr als ein Land, mehr als eine Sprache, mehr als eine Währung und mehr als eine Idee. Trotz dieser Kontraste bildet das Bewusstsein über gemeinsame Grundwerte die Basis für ein solidarisches Europa, die es zu erhalten und weiter auszubauen gilt.

Die (Fort-)Entwicklung eines gemeinsamen Werteverständnisses bringt seit Mitte des letzten Jahrhunderts den europäischen Einigungsprozess voran: Geprägt von den Traumata zweier Weltkriege war der Wunsch nach dauerhaftem Frieden die treibende Kraft. Dahinter stand die Idee, dass wer miteinander handelt, nicht gegeneinander kämpft. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde geschaffen. Die gemeinsame demokratische Überzeugung und das Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Wahrung von Menschenrechten führten zur Gründung europäischer Institutionen. Das gemeinsame Ziel von Freiheit und Wohlstand hat den europäischen Binnenmarkt mit seinen vier Prinzipien hervorgebracht: Personenfreizügigkeit, freier Warenverkehr, Dienstleistungsfreiheit und freier Kapital- und Zahlungsverkehr. Fordern Globalisierung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit zunehmend grenzübergreifendes Arbeiten, schafft der Binnenmarkt dafür die Voraussetzungen. Diese Faktoren - Globalisierung, Binnenmarkt sowie Digitalisierung und Nachhaltigkeit - verändern die Anforderungen an Erwerbsarbeit in Europa, worauf die nationalen Bildungs- und Qualifizierungssysteme vorbereiten müssen.

Mit ihrer unmittelbaren Nähe zur Arbeits- und Lebenswelt sind die Bildungsgänge der beruflichen Bildung – sowohl die dualen als auch die vollzeitschulischen – prädestiniert, dynamische Änderungsprozesse schnell und kompetent aufzunehmen. Neben der fachlichen Qualifizierung fördern sie die Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung und übernehmen damit eine bedeutende Sozialisierungs- und Allokationsfunktion von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Rahmenvereinbarungen¹ der verschiedenen Bildungsgänge des beruflichen Bildungssystems formulieren ganzheitlich angelegte Bildungsprozesse, die zur Erfüllung der Aufgaben im Beruf sowie zur nachhaltigen Mitgestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft in sozialer, ökonomischer, ökologischer und individueller Verantwortung befähigen. Berufliches und gesellschaftliches Handeln stehen damit im unmittelbaren Zusammenhang und bedingen einander. Diese Kausalität bildet sich insbesondere auch in der historisch gewachsenen und weltweit einmaligen Kooperation zwischen beruflichen Schulen, Betrieben und Kammern im Rahmen der dualen Berufsausbildung ab.

2. Ausgangslage an beruflichen Schulen

Im Schuljahr 2018/19 besuchten rund 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler unsere beruflichen Schulen. Davon besaßen mehr als 165.000 die Staatsbürgerschaft eines

¹ Vgl. Rahmenvereinbarungen unter Punkt 5

anderen europäischen Landes, mehr als 116.000 die Staatsbürgerschaft eines asiatischen Landes, über 35.000 die Staatsbürgerschaft eines afrikanischen Landes und über 5.000 die Staatsbürgerschaft eines süd- oder nordamerikanischen Landes. Viele Schülerinnen und Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit haben einen Migrationshintergrund. Damit spiegeln berufliche Schulen in besonderer Weise die Heterogenität einer zunehmend globalisierten Welt wider.

In Folge des vermehrten Zuzugs geflüchteter Menschen seit 2015 hat die berufliche Bildung in Deutschland gezeigt, wie auf besondere Herausforderungen dynamisch und qualifiziert reagiert werden kann. Mit der Aufnahme vieler junger Geflüchteter in berufliche Qualifizierungsangebote hat die berufliche Bildung erneut ihre Integrationskraft bewiesen. Diese Erfahrungen können angesichts eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels und der Möglichkeiten der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit helfen, Aufnahmebereitschaft gegenüber jungen Europäerinnen und Europäern anderer Länder zu signalisieren und erfolgreiche Wege in das berufliche Bildungssystem und somit in die Arbeitswelt und Gesellschaft zu öffnen.

Diese charakteristische Fähigkeit der beruflichen Bildung, auf sich ständig wandelnde Anforderungen des Arbeitsmarktes und auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren, bildet auch die Basis für die Vermittlung einer Europabildung im Zusammenhang mit dem Auftrag der beruflichen Schulen.

Politische Entwicklungen der letzten Jahre haben zusammen mit hoher (Jugend-)Arbeitslosigkeit in nicht wenigen EU-Mitgliedsstaaten zu gesellschaftlichen Spannungen in und zwischen den Mitgliedsstaaten geführt. Dem Europagedanken stehen zunehmend EU-skeptische, nationalistische und antidemokratische Strömungen gegenüber. Obwohl Deutschland auch wegen seines erfolgreichen dualen Ausbildungssystems und ergänzender vollzeitschulischer Ausbildungsangebote eine erfreulich niedrige (Jugend-)Arbeitslosigkeit aufweist, können sich diese Tendenzen auch bei uns verfestigen.

Europa- und damit auch Demokratiebildung werden vor diesem Hintergrund umso mehr unverzichtbarer Teil beruflicher Bildung. Durch Nähe zum Arbeitsmarkt, vertikale und horizontale Durchlässigkeit, Integrationskraft, europaweite Anerkennung erworbener Abschlüsse und die damit einhergehende Möglichkeit, sich in jedem Mitgliedsstaat der europäischen Union beruflich und privat niederzulassen, ist die berufliche Bildung in Deutschland prädestiniert, den europäischen Gedanken voranzubringen.

Die beruflichen und persönlichen Kompetenzen, die den Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Schulen vermittelt werden, versetzen sie in die Lage, aktuelle und künftige Herausforderungen zu bewältigen. Dies steigert gleichzeitig die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und damit auch Europas.

3. Handlungsfelder und Gelingensbedingungen

Berufsbildung ist ein Schlüssel zur persönlichen Entwicklung und zur mitgestaltenden Teilhabe an Arbeitswelt und Gesellschaft. Sie trägt maßgeblich zur Beschäftigungsfähigkeit der Fachkräfte und damit zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei. Beschäftigungs- und Wettbewerbsfähigkeit sowie Arbeitnehmerfreizügigkeit stehen im Widerspruch zu aufkommenden und sich verfestigenden ausgrenzenden, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Entwicklungen in Europa. Diesen zu begegnen, ist auch Ziel beruflicher Bildung: Die Berufsschule als tragende Säule des beruflichen Bildungssystems ermöglicht den Erwerb beruflicher Handlungskompetenz, welche fachliche und personale Kompetenzen miteinander verknüpft. Diese zeigen sich in der Bereitschaft und Befähigung des Einzelnen, sich in beruflichen, gesellschaftlichen und privaten Situationen sachgerecht durchdacht sowie individuell und sozial verantwortlich zu verhalten (Rahmenvereinbarung über die Berufsschule). Die Gelingensbedingungen dafür sind vielfältig.

3.1 Europäische Haltung in Kollegien und Schulen

Die Atmosphäre einer Schule wird maßgeblich von den Menschen geprägt, die sie täglich besuchen und gemeinsam gestalten. Dabei kommt den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern aufgrund ihrer Vorbildfunktion eine besondere Bedeutung zu. Nur wenn sie die europäischen Grundwerte von Frieden, Freiheit und Demokratie überzeugend vorleben und in den Schulalltag integrieren, kann eine europäische Haltung innerhalb des Kollegiums und der ganzen Schule wachsen. Europäische Schulpartnerschaften mit regelmäßigen Schüler- und Lehreraustauschprogrammen und die Nutzung europäischer Bildungsprogramme wie Erasmus+ können dazu beitragen, dass diese europäische Haltung zu einer real greifbaren Erfahrung wird.

3.2 Europabildung als Teil des Schullebens

Den Schulen kommt eine Schlüsselstellung zu, die Idee eines gemeinsamen Europas und ein europäisches Bewusstsein zu vermitteln. Um die europäische Haltung zu einem festen Bestandteil des Schullebens zu machen, sollte der europäische Gedanke sowohl Bestandteil von Schulprogrammen und -leitbildern sein, als auch in der didaktischen Jahresplanung der Lehrerinnen und Lehrer berücksichtigt werden. Dadurch wird Europa zum Querschnittsthema aller Curricula und wird als identitätsstiftender Bestandteil des Schullebens verankert.

3.3 Europabildung im Unterricht

Europabildung kann nicht ausschließlich Aufgabe eines einzelnen Faches sein. Mit dem pädagogischen Konzept der Handlungsorientierung bestehen in beruflichen Bildungsgängen hervorragende Voraussetzungen, Themen nicht mehr nur isoliert zu behandeln, sondern im Sinne einer ganzheitlichen Unterrichtskultur als integrative Bestandteile über mehrere Fächer, Lernfelder, Schul- und Ausbildungsjahre hinweg zu verankern. So entsteht europabezogene Handlungskompetenz, die Schülerinnen und

Schüler dazu befähigt als Europäerinnen und Europäer zu denken und zu handeln, Europa als Teil ihres individuellen Lebens- und Entwicklungsweges zu verstehen und die Teilhabechancen innerhalb eines offenen und freien Europas wertzuschätzen und zu nutzen. Insbesondere die starke Orientierung der beruflichen Bildung an Arbeits- und Geschäftsprozessen – die vom europäischen Binnenmarkt und grenzübergreifendem Handel und Kommunizieren geprägt sind – bietet an beruflichen Schulen die besondere Möglichkeit, Europa praxisnah aus der beruflichen Perspektive zu beleuchten, so für Schülerinnen und Schüler neue Zugänge zur europäischen Idee zu schaffen und europabezogene Handlungskompetenz zu fördern.

Im Rahmen des 2007 gemeinsam von Bund und Ländern eingeführten EU-Projekttagess besuchten Politikerinnen und Politiker bundesweit Schulen – von der Kanzlerin und Bundesministerinnen und Bundesministern bis hin zu Landes- oder Europa-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern. Sie beantworten Fragen und diskutieren mit den Schülerinnen und Schülern alle Belange rund um das Thema Europa und Europäische Union. Umfragen bei früheren EU-Projekttagen haben ergeben, dass das Interesse der Schülerinnen und Schüler an Europa mit den Schulbesuchen stark steigt.

Ein weiteres Format bietet die Europawoche mit verschiedenen Veranstaltungen zu aktuellen europäischen Themen, die zeitgleich in allen deutschen Bundesländern stattfindet und die beiden Europatage - den 5. Mai, den Gründungstag des Europarates sowie den 9. Mai, den Robert-Schuman-Tag als Ehrentag der EU, umrahmt.

Die Länder streben an, dieses und ähnliche Projekte weiter zu fördern und die Zahl teilnehmender Schulen weiter zu erhöhen.

Unabhängig von etablierten Projekttagen bietet der handlungsorientierte Unterricht beruflicher Schulen vielfältige Anlässe zu Besuchen europäischer Institutionen. Dieser unmittelbare Kontakt fördert die individuelle Auseinandersetzung mit politischem Arbeiten und Entscheiden auf europäischer Ebene und ermöglicht, den Bezug zur eigenen Lebenswelt herzustellen. Die Positiveffekte solcher Anlässe in den beruflichen Schulen noch mehr nutzbar und publik zu machen und eine steigende Besuchszahl europäischer Einrichtungen zu bewirken, ist Anliegen der Länder.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in beruflicher Bildung zielt darauf ab, die Idee und die Prinzipien von Nachhaltigkeit auf das berufliche Handeln anzuwenden, um eine nachhaltig ausgerichtete Beschäftigungsfähigkeit zu entwickeln. Daraus ergeben sich auch weitere Anknüpfungspunkte für Europabildung, denn Nachhaltigkeit ist kein Thema, das in den engen Grenzen einzelner Länder gedacht werden kann.

Für das Zusammenwachsen Europas und die Fachkräftesicherung der deutschen Unternehmen sollten zudem grenzüberschreitende duale Ausbildungsmodelle, wie es sie bereits im deutsch-französischen und deutsch-dänischen Grenzraum gibt, auch mit anderen deutschen Nachbarländern und unter Einbindung der relevanten Berufsbildungsakteure weiter ausgebaut und gefördert werden.

Die Heterogenität der Schülerschaft beruflicher Schulen, die unterschiedlichen individuellen und beruflichen Erfahrungen sowie die verschiedenen kulturellen Hintergründe der Einzelnen, sind ein wertvolles Potential, das wo immer möglich für den Unterricht genutzt werden sollte. Kultursensibler Unterricht, der den Wert neuer und anderer Ideen wertschätzend einbindet, fördert eine europäische Handlungskompetenz in besonderer Weise.

Alle zwei Jahre organisieren die an beruflicher Bildung beteiligten Unternehmen die EuroSkills. In diesem Berufswettbewerb treten Auszubildende in über 40 Berufen gegeneinander an und messen ihre Kompetenzen. Dieser Wettbewerb schafft sowohl für Teilnehmerinnen und Teilnehmer, als auch für Besucherinnen und Besucher Anlässe zu grenz- und sprachenübergreifender Kommunikation. Die Popularität dieses Wettbewerbs zu erhöhen und zu Teilnahme und Besuch zu ermutigen, liegt im Interesse beruflicher Schulen, insbesondere von Berufsschulen.

3.4 Fremdsprachenkompetenz

Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie europaweite Transparenz, Vergleichbarkeit und Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Qualifikationen haben zum Abbau der Grenzen der beruflichen Mobilität in Europa beigetragen. Damit diese neuen Möglichkeiten genutzt werden können, ist es von großer Bedeutung, den Erwerb fremdsprachlicher Kompetenzen, z. B. Englisch oder die Sprachen angrenzender Nachbarländer, zu einem Bestandteil beruflicher Bildung zu machen. Dabei bietet der Berufsbezug einen besonderen Zugang zur Fremdsprache. Mit dem KMK-Fremdsprachenzertifikat besteht bereits ein bundesweit einheitliches Zertifikat zum Nachweis berufsbezogener Fremdsprachenkompetenz. Die Bekanntheit dieses Zertifikates und seine Attraktivität durch eine größere Berufspalette zu erhöhen, kann helfen, mehr jungen Menschen die nötige fremdsprachliche Qualifikation zu geben, um europaweit mobil zu sein.

Teil europäischer Mobilität ist auch, Europäerinnen und Europäern aus dem Ausland über Unterrichtsangebote „Deutsch als Zweitsprache“ den Zugang zur deutschen Sprache zu ermöglichen. In den Ländern gibt es hierzu bereits verschiedene Angebote und erfolgreiche Kooperationen zwischen Betrieben, Schulen und Kammern (z. B. Zeit für Zusatzunterricht), die weiter ausgebaut und deren Bekanntheit gefördert werden sollen.

3.5 Europäische Mobilität als selbstverständlicher Teil beruflicher Bildung

Insbesondere in der beruflichen Bildung gibt es über den gemeinsamen Berufsbezug gute Ansatzpunkte für europäische Projekte. Damit Europa mehr als ein abstrakt-theoretischer Bestandteil beruflicher Bildung sein kann, bieten neben Förderprogrammen wie Erasmus+, die Deutsch-Französische oder die Deutsch-Polnische Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung auch weitere Institutionen wie die Nationale Agentur

beim Bundesinstitut für Berufsbildung, der Pädagogischen Austauschdienst, Pro-Tandem sowie den Kammern u. a. vielfältige Möglichkeiten, beruflichen Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Weitere Möglichkeiten bieten bilaterale Partnerschaften der beruflichen Schulen.

Europäische Erfahrungen, die im institutionellen Kontext von Ausbildung und Schule stattfinden, leisten einen großen Beitrag, um individuelle Hemmungen abzubauen und schaffen so wichtige Voraussetzungen zum Gelingen europäischer Mobilität. Gleichzeitig gewinnen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fachliche, interkulturelle und personale Kompetenzen, die sie in ihre Betriebe einbringen, sodass auch unmittelbar positive Auswirkungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt entstehen.

Die Bekanntheit und Akzeptanz solcher Austauschprogramme auszubauen und die Rahmenbedingungen zu schaffen, um mehr Schülerinnen und Schüler im beruflichen Bildungssystem zur Teilnahme zu gewinnen, ist ein zentraler Gestaltungsansatz für europäische Mobilität. Ende 2015 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Ziele der Bundesregierung für den Bereich Internationalisierung der Berufsbildung gegenüber den Bundesländern vorgestellt. Als ein zentraler Punkt wurde dabei die Zielmarke für Mobilitäten mit dem europäischen Ausland für das Jahr 2020 mit einem Anteil von 10 % aller Auszubildenden für Deutschland beziffert. Diese Forderung wurde mit der These verbunden, dass Globalisierung bzw. Internationalisierung des deutschen Arbeitsmarktes keine abstrakten Begriffe mehr seien, sondern Arbeitsplätze, die eine berufliche Ausbildung voraussetzen, ebenfalls internationale Fachkompetenz, erweiterte Fremdsprachen- und interkulturelle Kompetenz erfordern.

Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung unterstützt die Länder in diesem Sinne aktiv zu werden und sich für eine wirksame Erhöhung der Mobilitäten einzusetzen. Die Länder unterstützen die Bundesregierung bei der Erreichung der 10 % Marke, indem sie entsprechende Unterstützungsstrukturen nach den jeweiligen Möglichkeiten aufbauen und eine aktive Kooperation mit den an der dualen Ausbildung beteiligten Partnern anstreben. Dabei besteht Konsens, dass Praktika im europäischen und außereuropäischen Ausland die Attraktivität der dualen Ausbildung steigern, die Möglichkeit zusätzlicher Qualifikationen schaffen und somit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Auch in den beiden Phasen der Lehrerausbildung sowie danach gibt es vielfältige Möglichkeiten für Aufenthalte im europäischen Ausland. Die Länder unterstützen europäische Mobilität von Lehrerinnen und Lehrern. Die genannten Programme haben hierzu bereits Angebote entwickelt, deren Nutzung innerhalb der Kollegien weiter ausgebaut werden soll. Weitere Möglichkeiten bieten Schulpartnerschaften. Insbesondere in der beruflichen Bildung gibt es über den gemeinsamen Berufsbezug einen starken gemeinsamen Nenner für europäische Projekte und Netzwerke.

Das bestehende vielfältige Angebot an den Schulen bekannter zu machen und so den Teilnehmerkreis zu vergrößern, ist eine wichtige Gelingensbedingung, um berufliche Schulen bei ihrem europäischen Engagement zu unterstützen und dieses nach außen transparent zu machen. Hier bieten Netzwerke, Projekte und Zusatzqualifikationen wie „Europaschule“, „Europastudienseminare“, „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, Europakaufmann oder eTwinning gute Formate, um die europaorientierten Aktivitäten der beruflichen Schulen zu unterstützen, zu bündeln und nach außen zu kommunizieren.

3.6 Zusammenarbeit mit ausbildenden Betrieben und zuständigen Stellen

Prägende Merkmale der dualen Berufsausbildung sind die Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und den an beruflicher Bildung beteiligten Partnern, insbesondere Ausbildungsbetriebe, Verbände und Kammern sowie die gemeinsame Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Sozialpartnern. Dieses Zusammenwirken ist die Basis für abgestimmte Aktivitäten zur Verankerung des europäischen Gedankens in der dualen Berufsausbildung. Gleichzeitig können auf dieser Basis aufbauend die Akteure in ihrer jeweiligen Rolle, aber dennoch aufeinander abgestimmt, Europaaktivitäten der Auszubildenden weiter vorantreiben.

Eine besondere europäische Erfahrung bieten gemeinsame Aufenthalte von Lehrkräften und Auszubildenden im europäischen Ausland, die im Rahmen von Erasmus+ förderfähig sind.

4. Ausblick

Berufliche Bildung ist eine große Chance für Europa. Rund 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2019/20 einen der zahlreichen Bildungsgänge der beruflichen Schulen in Deutschland. Damit haben berufliche Schulen eine enorme Reichweite und die Möglichkeit, europabezogene Kompetenzen bei vielen Schülerinnen und Schülern zu fördern. Berufliche Schulen, die in vielfältiger Weise eine europäische Haltung im Schulalltag vorleben, eröffnen den Schülerinnen und Schülern eine europäische Sichtweise auf ihre berufliche und persönliche Zukunft. Mit dem Querschnittsthema „Europa“ über alle Bildungsgänge, Fächer, Lernfelder und Schul- und Ausbildungsjahre hinweg können die beruflichen Schulen ihren Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen für eine erfolgreiche europäische Zukunft an die Hand geben.

Die beruflichen Schulen in Deutschland streben in den kommenden Jahren an, die folgenden Kompetenzen zu erreichen bzw. zu verfestigen:

- Eine berufliche Handlungskompetenz, welche die europäische Perspektive einbezieht, den Blick für Lösungsansätze aus dem europäischen Ausland öffnet, für die europäische Dimension des eigenen beruflichen Handelns sensibilisiert und auch zur Kommunikation in einer europäischen Fremdsprache befähigt.

- Eine politische Handlungskompetenz, die den Schülerinnen und Schülern erlaubt, europäische Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen und auf europäischer Ebene zu partizipieren.
- Eine gesellschaftliche Handlungskompetenz, die Schülerinnen und Schülern hilft, sich gegenüber nationalistischen, antieuropäischen und antidemokratischen sowie auch protektionistischen Strömungen abzugrenzen, neue Ideen und Visionen für Europa zu entwickeln und ein Teil der europäischen Gemeinschaft zu sein.
- Eine persönliche Handlungskompetenz, die Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen ermutigt, sich engagiert für ein friedliches Europa stark zu machen und ihren Weg in einem friedlichen Europa und für ein friedliches Europa zu gehen.

Berufliche Bildung ist ein Schlüssel zur sozialen Integration im europäischen Kontext, und somit auch Basis für ein positives persönliches Selbstwertgefühl, gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation. Berufliche Bildung ist ein wichtiger personen- und systemstabilisierender Faktor und kann in einer zunehmend als unsicher und unberechenbar empfundenen Welt einen Orientierungsrahmen für eine Abgrenzung gegenüber nationalistischen, antieuropäischen und antidemokratischen Tendenzen bieten. Berufliche Bildung leistet damit einen immanenten Beitrag zu Demokratie- und Europabildung als fundamentale Voraussetzung für die zukünftige Entwicklung Europas.

5. Verweise

In inhaltlichem Zusammenhang stehen die nachfolgend aufgeführten Beschlüsse und Empfehlungen der Kultusministerkonferenz:

- Berufliche Schulen 4.0 - Weiterentwicklung von Innovationskraft und Integrationsleistung der beruflichen Schulen in Deutschland in der kommenden Dekade (Beschluss der KMK vom 07.12.2017).
- Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6.3.2009 i. d. F. vom 11.10.2018).
- Europabildung in der Schule (Beschluss vom 8.6.1978 i.d.F. vom 15.10.2020).
- Rahmenvereinbarung über die Berufsschule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.03.2015 i. d. F. vom 20.09.2019).
- Rahmenvereinbarung über die Berufsfachschulen (Beschluss der KMK vom 17.10.2013 i. d. F. vom 26.06.2020).
- Rahmenvereinbarung über die Fachoberschule (Beschluss der KMK vom 16.12.2004 i. d. F. vom 01.10.2010).
- Rahmenvereinbarung über die Berufsoberschule (Beschluss der KMK vom 25.11.1976 i. d. F. vom 19.03.2020).